

Die Dauerbaustelle



Digitalisierung. In digitalen Angelegenheiten hat die Bundesrepublik weiterhin großen Nachholbedarf: Der viel beschworene Corona-Effekt ist noch lange kein langfristiger, umfassender Digitalisierungsschub, wie der IW-Digitalisierungsindex zeigt. Auch die Gründerszene hinkt im Vergleich zu Vorreitern wie den USA nach wie vor hinterher. IW-Digitalisierungsexpertin Barbara Engels und IW-Unternehmensforscher Klaus-Heiner Röhl betonen jedoch: Ein Fundament wurde gelegt. Nun sei die Regierung gefragt, in den kommenden Jahren mit den richtigen Maßnahmen zügig darauf aufzubauen. —> [Seiten 2-9](#)

Inflation

Die hohen Teuerungsraten in Deutschland sind auf ganz unterschiedliche Faktoren zurückzuführen – das bedeutet eine große Herausforderung für die Politik.

—> [Seiten 10-12](#)

Europäische Union

Das Geld aus dem Corona-Hilfsfonds der EU könnte das Wohlstandsgefälle in Italien verringern. Doch die Mittel sinnvoll einzusetzen, wird nicht leicht.

—> [Seiten 14-15](#)

Nur ein kleiner Schub

Digitalisierung. Der Digitalisierungsindex 2021, der vom Institut der deutschen Wirtschaft und der IW Consult im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt wird, zeigt, wie stark sich die deutschen Unternehmen seit Beginn der Corona-Pandemie digitalisiert haben – und wo es noch Nachholbedarf gibt.

Homeoffice statt Büro, Videokonferenzen statt Dienstreisen, Online-Kurse statt Fortbildung in Präsenzseminaren – die Corona-Pandemie zwang viele deutsche Unternehmen dazu, sich verstärkt digitalen Prozessen und Arbeitsabläufen zu widmen. Entsprechend groß ist in den Firmen mittlerweile das Bewusstsein dafür, welchen Stellenwert die Digitalisierung in der Wirtschaft einnimmt (Grafik):

Knapp zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland sehen eine eher oder sehr große Bedeutung der Digitalisierung für ihr Geschäft.

Nur rund jedes 17. Unternehmen sagt, dass die Digitalisierung für die geschäftlichen Aktivitäten überhaupt keine Rolle spielen wird.

Doch wie gut ist die deutsche Wirtschaft insgesamt in Sachen Digitalisierung aufgestellt? Um diese Frage zu beantworten, hat das IW im vergangenen Jahr gemeinsam mit weiteren Projektpartnern den Digitalisierungsindex erarbeitet. Seine jährliche Aktualisierung ermöglicht es, die digitale Entwicklung in Deutschland im Detail zu erfassen.

Für das Jahr 2021 zeigt sich, dass die Wirtschaft hierzulande zwar

nahezu durchgängig digitaler geworden ist – allerdings nicht in einem solch umfassenden Maß, dass bereits von einem langfristigen Digitalisierungsschub durch Corona gesprochen werden kann. Die wichtigsten Ergebnisse:

Digitalisierung nach Branchen.

Wie im Vorjahr schneidet wenig überraschend jene Branche am besten ab, zu deren Kern digitale Produkte

und Geschäftsmodelle zählen (Grafik Seite 3):

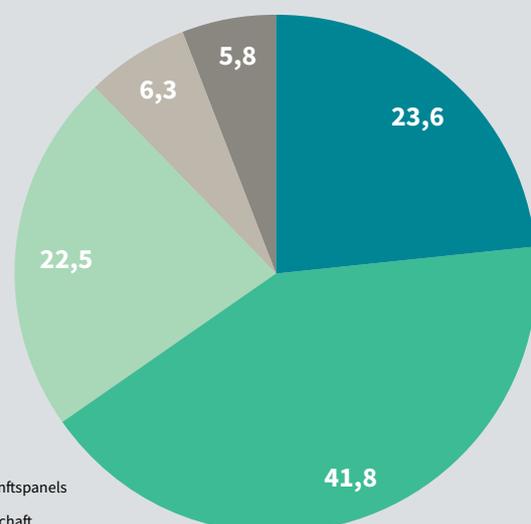
Mit rund 274 Indexpunkten liegt die Informations- und Kommunikationstechnologie im Digitalisierungsindex vorn.

Wie bereits 2020 ist die Branche in allen untersuchten Kategorien Spitzenreiter – mit einer Ausnahme: Bei den Forschungs- und Innovationsaktivitäten gewinnt der Fahr-

Digitalisierung für Großteil der Firmen relevant

So viel Prozent der befragten Unternehmen sehen in den kommenden fünf Jahren diesen Stellenwert der Digitalisierung für ihr Geschäft

- Sehr groß
- Eher groß
- Eher gering
- Sehr gering
- Keine Relevanz



Befragung von 1.266 Unternehmen
Ende 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

zeugbau mit deutlichem Abstand. Der große Industriezweig zählt zusammen mit der Elektrotechnik und dem Maschinenbau sowie den unternehmensnahen Dienstleistern ebenfalls zu den überdurchschnittlich stark digitalisierten Branchen.

Die stärksten Digitalisierungszuwächse verzeichnet der Tourismus, zu dem unter anderem Gastgewerbe und Gastronomie zählen. Zwar liegt der Indexwert der Branche weiterhin unter dem Gesamtdurchschnitt, er steigt jedoch – getrieben von der deutlichen Zunahme digitaler Prozesse infolge der Corona-Pandemie – um fast ein Drittel.

Digitalisierung nach Unternehmensgröße. Im Digitalisierungsindex hat das Duell „Groß gegen Klein“ wie schon im Vorjahr einen klaren Sieger:

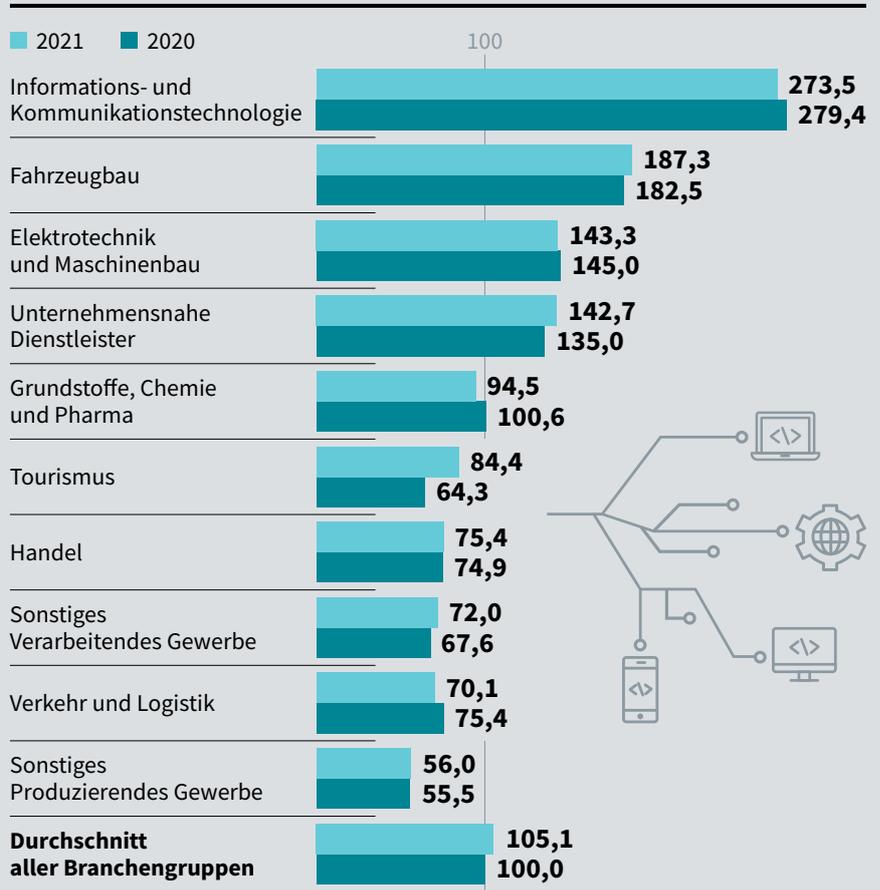
Mit 205 Indexpunkten liegen die Unternehmen ab 250 Beschäftigten deutlich vorn, mittelgroße Unternehmen kommen auf 119 Punkte und Betriebe mit maximal 49 Beschäftigten erzielen 94 Punkte.

Während die großen und kleinen Unternehmen im Vergleich zu 2020 ein leichtes Plus verzeichnen, verlieren die mittelgroßen einige Punkte im Index. Dass die großen Firmen so gut abschneiden, verdanken sie vor allem ihren Ergebnissen in den Kategorien Qualifizierung, Prozesse, Forschungs- und Innovationsaktivitäten sowie Innovationslandschaft – beispielsweise kooperieren sie besonders häufig mit anderen Firmen oder Institutionen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

Nur in der Kategorie Produkte laufen kleine Unternehmen den großen und mittleren erneut den Rang ab. Das liegt auch daran, dass besonders viele kleine Unternehmen aus der stark digitalen Informations- und Kommunikationstechnologiebranche stammen.

Digitalisierungsindex: Das Branchen-Ranking

Der Index misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft auf der unternehmens-internen und -externen Ebene anhand von insgesamt 37 Indikatoren in zehn Kategorien, der Durchschnitt aller Branchen wurde im Jahr 2020 auf 100 normiert



Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe: u. a. Herstellung von Textilien; Sonstiges Produzierendes Gewerbe: u. a. Baugewerbe

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2021 IW Medien / iwd



Digitalisierung nach Bundesländern. Für die Analyse nach Regionen wurden die Bundesländer in vier Gruppen eingeteilt. Alle gewinnen 2021 Indexpunkte hinzu. Am stärksten digitalisiert ist der Süden Deutschlands (Grafik Seite 4):

Die Region Süd, gebildet aus den Ländern Baden-Württemberg und Bayern, steht mit 129 Punkten weiterhin an der Spitze, gefolgt von der Bundesländergruppe Nord – Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein –, die auf 113 Punkte kommt.

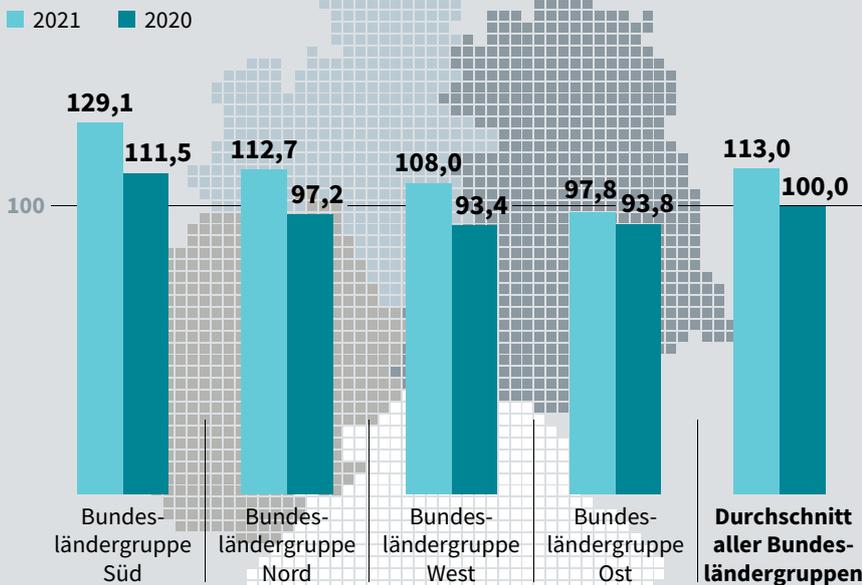
Etwas deutlicher unter dem Durchschnitt liegen die Bundeslän-

dergruppe West, zu der Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland gezählt werden, sowie die ostdeutschen Länder. Letztere verzeichnen im Vergleich zu 2020 zudem den geringsten Anstieg an Indexpunkten – während die anderen drei Bundesländergruppen jeweils um rund 16 Prozent zulegen, sind es im Osten nur gut 4 Prozent.

Digitalisierung nach Regionstypen. Auch auf Ebene der verschiedenen Regionstypen, die anhand der Siedlungsdichte gebildet werden,

Ostdeutsche Bundesländer hinken digital hinterher

Der Digitalisierungsindex misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft auf der unternehmensinternen und -externen Ebene anhand von insgesamt 37 Indikatoren in zehn Kategorien, der Durchschnitt aller Bundesländergruppen wurde im Jahr 2020 auf 100 normiert



Gruppe Süd: Baden-Württemberg und Bayern; Gruppe Nord: Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; Gruppe West: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland; Gruppe Ost: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

zeigen sich durchgehend Zuwächse. Dabei schneiden die großen Ballungsgebiete wie zum Beispiel Berlin, München und Köln mit im Schnitt 136 Punkten am besten ab, während die gering verdichteten ländlichen Räume mit 90 Indexpunkten das Schlusslicht bilden.

Die höchsten Punktzahlen erzielen die Agglomerationen in Kategorien, die die Innovationskraft messen, sowie in der technischen Infrastruktur, die unter anderem die Verfügbarkeit von schnellem Breitbandinternet erfasst. In den ländlichen Räumen zeigt sich: Unternehmensinterne Fortschritte in puncto Digitalisierung erfolgen vor allem dann, wenn die externen technischen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Insgesamt deuten die Ergebnisse des Digitalisierungsindex darauf hin, dass der direkte Effekt zumindest kurzfristig eher ein Homeoffice-Schub als ein umfassender Corona-Digitalisierungsschub ist. Zwar begünstigte die Pandemie die Digitalisierung der unternehmensinternen Prozesse – zum Beispiel das vernetzte Arbeiten –, die Produkte und Geschäftsmodelle der Firmen wurden im Vergleich zum Vorjahr aber nur wenig digitaler.

Nichtsdestotrotz kann die positive Entwicklung der externen Kategorien dazu führen, dass die Wirtschaft in Deutschland auch bei den unternehmensinternen Kategorien künftig zulegen kann – erst recht, wenn sich die negativen Auswirkungen der Pandemie auf das Investitionsbudget und die Umsatzzahlen abgeschwächt haben.

Der Digitalisierungsindex

Der für das Ausgangsjahr 2020 für Deutschland auf 100 normierte und jährlich fortgeschriebene Index setzt sich aus einem unternehmensinternen und einem unternehmensexternen Subindex zusammen. Unternehmensintern wird die Digitalisierung anhand von fünf Kategorien gemessen: Prozesse, Produkte, Geschäftsmodelle, Qualifizierung sowie Forschungs- und Innovationsaktivitäten. Der externe Subindex gliedert sich ebenfalls in fünf Kategorien: technische Infrastruktur, administrativ-rechtliche Rahmenbedingungen, Gesellschaft, Humankapital und Innovationslandschaft. Insgesamt sind diesen Kategorien 37 Indikatoren zugeordnet, die durch Normierungsverfahren vergleichbar gemacht werden. Der Digitalisierungsindex ist Teil des Projekts „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Die Projektpartner sind: das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), die IW Consult, das Forschungsinstitut für Rationalisierung (FIR) an der RWTH Aachen und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

IW-Gutachten

Jan Büchel, Barbara Engels: Digitalisierungsindex 2021 – Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland
iwkoeln.de/digitalisierungsindex-2021

Einhörnern eine Heimat schaffen

Firmengründungen. Aktuell gibt es weltweit so viele milliardenschwere Start-ups – sogenannte Einhörner – wie nie zuvor. In Deutschland sind sie allerdings weiterhin vergleichsweise rar. Die Politik tut entsprechend gut daran, die Rahmenbedingungen für neue Firmen zu verbessern – beispielsweise mithilfe des geplanten Zukunftsfonds, der die Gründungskultur beflügeln soll.

Einhörner – das sind sagenumwobene Fabelwesen, die die Menschheit seit der Antike faszinieren. In der Welt der Wirtschaft dagegen bezeichnen Einhörner Start-ups, die schon zum Zeitpunkt des Börsengangs oder des geplanten Ausstiegs ihrer Kapitalgeber 1 Milliarde Dollar wert sind.

Früher waren neu gegründete Firmen mit einer entsprechend hohen Bewertung so selten wie ihre fantastischen Namensgeber, wie ein Blick in die Daten der Analyseplattform CB Insights zeigt. So gab es 2011 – also vor genau zehn Jahren – weltweit nur zwei neue milliardenschwere Start-ups. Mittlerweile sieht das ganz anders aus (Grafik):

Seit 2018 entstehen jedes Jahr mehr als 100 neue Unternehmen, die bereits vor dem Börsengang über 1 Milliarde Dollar wert sind. In diesem Jahr werden es sogar rund 500 entsprechende Start-ups sein.

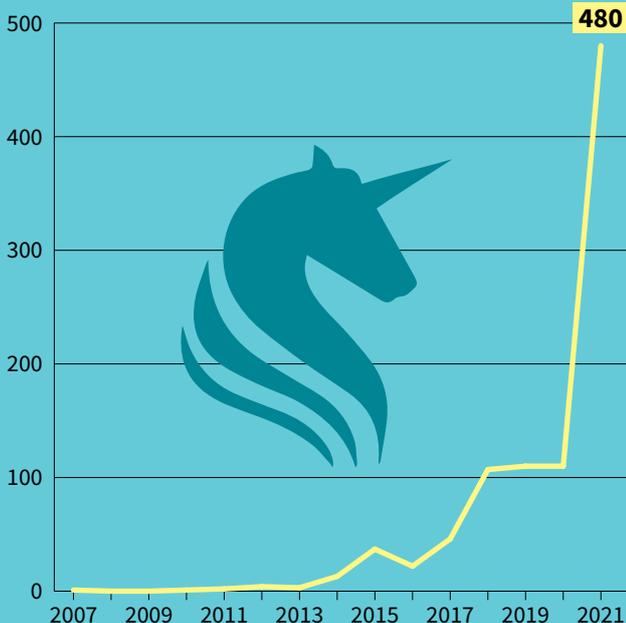
Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer ist die anhaltende Niedrigzinsphase weltweit. Sie führt dazu, dass Personen und Institutionen auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten jenseits des festverzinslichen Wertpapiermarktes sind – das spiegelt sich schon länger in den Börsenkursen der großen Leitindizes wider und führt dementsprechend zu hohen Firmenbewertungen, auch von Start-ups.

Ein zweiter Grund ist die Corona-Pandemie. Sie verändert Gesellschaft und Arbeitswelt nachhaltig und beflügelt jene neuen Firmen, die mit innovativen Geschäftsmodellen digitale Möglichkeiten nutzen.

Tatsächlich waren die meisten Einhörner der vergangenen Dekaden solche digitalen Pioniere – die Urlaubsplattform Airbnb beispielsweise, das soziale Netzwerk Facebook und der Suchmaschinenanbieter Google. Und es ist kein Zufall, dass all diese Unternehmen aus den USA stammen. Denn auf die Vereinigten Staaten entfallen die meisten Start-up-Schwergewichte – und das mit großem Abstand, wie eine IW-Auswertung zeigt (Grafik auf den Seiten 6 und 7):

Immer mehr milliardenschwere Start-ups

Zahl neuer Einhörner – also Start-ups, die beim Börsengang oder dem geplanten Ausstieg von Kapitalgebern bereits einen Marktwert von mehr als 1 Milliarde Dollar hatten – im jeweiligen Jahr weltweit



2021: bis 14. Dezember
Quelle: CB Insights
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Von 2007 bis Mitte Dezember 2021 wurden in den USA 477 Start-ups gegründet, die als Einhorn einzustufen sind.

China, im Ranking auf dem zweiten Platz, schafft es im gleichen Zeitraum auf immerhin 169 Einhörner und Indien als Drittplatzierter auf 51. Deutschland kommt mit 23 milliardenschweren Start-ups auf Rang fünf.

Damit kann die Bundesrepublik nur bedingt zufrieden sein. Schließlich sind die USA mit Blick auf die Bevölkerung lediglich viermal so groß wie Deutschland, nennen allerdings über 20-mal so viele Einhörner ihr Eigen.

Hinzu kommt, dass alle an der Börse hoch dotierten deutschen Firmen schon sehr lange am Markt sind – die renommierten Autobauer beispielsweise. Und selbst der Softwarekonzern SAP, aktuell Deutschlands wertvollster Konzern, wurde bereits 1972 gegründet und ist mit Blick auf den Börsenwert weit von der Weltspitze entfernt.

Der Kronberger Kreis, eine Gruppe hochrangiger deutscher Ökonomen, nennt in einer Studie für die Stiftung Marktwirtschaft verschiedene Gründe dafür, dass die Start-up-Szene hierzulande nach wie vor schwächelt:

Natürlicher Standortnachteil. Der deutsche respektive deutschsprachige Markt ist deutlich kleiner als der amerikanische oder der chinesische, und der EU-Binnenmarkt ist weiterhin zersplittert, schon aus sprachlichen Gründen. Entsprechend haben es (digitale) Geschäftsmodelle schwerer.

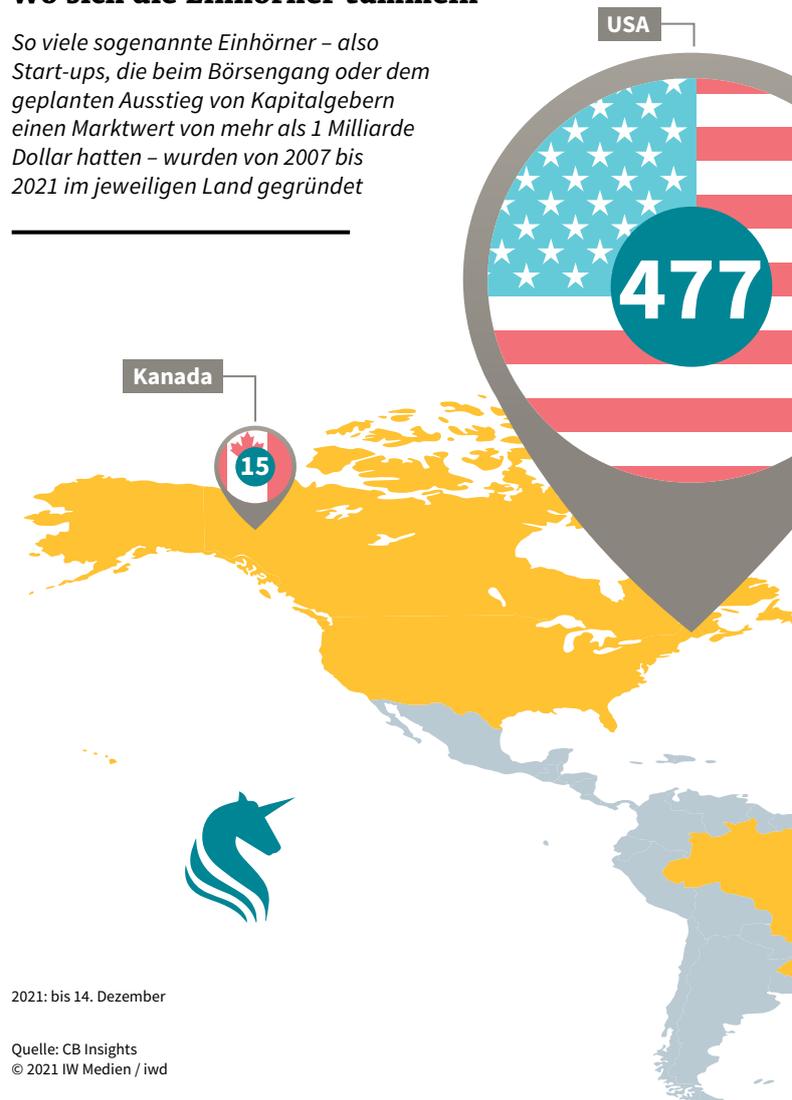
Hausgemachte Standortnachteile. Nicht gerade förderlich für Start-ups sind einige Rahmenbedingungen: Es gibt strikte Regulierungen und tendenziell unternehmensfeindliche Datenschutzvorgaben. Im Jahr 2019 sahen beispielsweise nur etwas mehr als 5 Prozent der Industrieunternehmen die neuen EU-weiten Datenschutzvorgaben als förderlich für den Wettbewerb an. Die allermeisten gingen hingegen davon aus, dass ihnen die Regeln international Nachteile bescheren. Dies gilt beispielsweise auch für das Gesundheitswesen, in dem in anderen Staaten bereits deutlich mehr digitale Angebote existieren – auch, weil es einen für solche Geschäftsmodelle förderlichen rechtlichen Rahmen gibt.

Hinzu kommt, dass Deutschlands digitale Infrastruktur noch immer alles andere als optimal ist und der Corona-bedingte Digitalisierungsschub längst nicht so stark ausfiel, wie einige erwartet oder vermutet hatten (siehe Seiten 2–4).

Auch die hiesige Gründerkultur und der aus den USA bekannte „Mut zum Scheitern“ sind nur gering ausgeprägt. Und an den Universitäten wird – beispielsweise im Informatik- und Software-Bereich – oft theoretisch gelehrt, der Weg zur praktischen Anwendung, für die Menschen dann zu zahlen bereit sind, ist entsprechend weit.

Wo sich die Einhörner tummeln

So viele sogenannte Einhörner – also Start-ups, die beim Börsengang oder dem geplanten Ausstieg von Kapitalgebern einen Marktwert von mehr als 1 Milliarde Dollar hatten – wurden von 2007 bis 2021 im jeweiligen Land gegründet



Der Kronberger Kreis attestiert Deutschland zudem eine „digitale Lethargie des öffentlichen Sektors“ – und das nicht ohne Grund:

Im Digital Economy and Society Index der EU-Kommission erreichen die digitalen Serviceangebote der öffentlichen Hand in Deutschland für das Jahr 2020 lediglich Rang 21 von 28.

Immerhin hat die Politik erkannt, dass erfolgreiche Start-ups entscheidend für die Zukunft des deutschen Wohlstands sind. In seiner ersten Regierungserklärung hat Kanzler Olaf Scholz erklärt, Deutschland zum führenden Start-up-Standort machen zu wollen.

Ein entscheidendes Problem für Gründer wurde indes schon vorher identifiziert: der Zugang zum benötigten Geschäftskapital. Traditionell sind hiesige Investoren nämlich vergleichsweise selten bereit, in neue Geschäftsmodelle zu investieren, bei denen sie alles oder zumindest einen großen Teil ihres Geldes verlieren könnten. In anderen Ländern – allen voran den Vereinigten Staaten –



fällt es Start-ups leichter, entsprechendes Wagniskapital zu beschaffen.

In den vergangenen Jahren hat die Politik deshalb einiges unternommen, um Firmen in ihrer Gründungsphase finanziell zu unterstützen. Das reicht allerdings nicht aus – oft sind die Jahre nach der Gründung besonders kapitalintensiv, doch für diesen Zeitraum gibt es kaum öffentliche Fördertöpfe. Hier kommt der neue Zukunftsfonds ins Spiel, für den der deutsche Staat bis 2030 insgesamt 10 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln zu Verfügung stellen und noch einmal 20 Milliarden von privaten Geldgebern einsammeln will.

In einer neuen Studie bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft den Zukunftsfonds positiv. Die IW-Ökonomen honorieren vor allem die Idee hinter dem sogenannten Deep Tech Future Fonds – einem Baustein des Zukunftsfonds –, der technologieintensive Gründungsvorhaben erleichtern soll, für deren Finanzierung es einen besonders langen Atem braucht.

Allerdings ist keinesfalls sicher, dass wirklich 20 Milliarden Euro zusätzlich von privaten Investoren für den Fonds zusammenkommen – unter anderem, weil einige steuerrechtliche Fragen noch nicht abschließend geklärt sind. So können beispielsweise die Gewinne und Verluste aus verschiedenen Beteiligungen nicht so einfach miteinander verrechnet werden wie in den USA oder im Vereinigten Königreich.

Entsprechend rät das IW dazu, nach einiger Zeit zu überprüfen, inwiefern der Fonds seine Ziele erreicht hat und wie der Staat gegebenenfalls nachjustieren muss, um wirklich mehr Einhornern in Deutschland eine Heimat zu schaffen.

IW-Policy Paper 28/2021

Klaus-Heiner Röhl: Start-ups und Venture Capital in Deutschland – Bringt der Zukunftsfonds neue Schubkraft für die Gründerkultur?

iwkoeln.de/zukunftsfonds

Interview. Trotz Pandemie geht es mit der Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland nur langsam voran und milliardenschwere Start-ups sind hierzulande weiterhin selten. Die Gründe für beide Befunde sind vielfältig, sagen IW-Digitalisierungsexpertin **Barbara Engels** und IW-Unternehmensforscher **Klaus-Heiner Röhl**. Sie sehen einigen Aufholbedarf der Bundesrepublik, stellen aber auch Fortschritte fest.



Fotos: IW Medien

„Corona hat den Finger in die Wunde gelegt“

Hat es Sie überrascht, dass der neue IW-Digitalisierungsindex trotz Pandemie und Homeoffice nur einen kleinen Sprung nach oben gemacht hat?

Engels: Der Sprung ist deswegen moderat, weil sich die Fortschritte der Digitalisierung nur auf bestimmte Branchen und Unternehmensbereiche beschränken. Da oft von einem großen Corona-Digitalisierungsschub zu lesen war, mag das den ein oder anderen überrascht haben. Ich finde das aber nicht verwunderlich, da gerade in einer Krise keine großen Veränderungen zu erwarten sind. Denn Digitalisierung setzt immer Investitionen voraus – viele Unternehmen sind jedoch gerade zu Beginn der Pandemie in enorme Unsicherheiten und unter Kostendruck geraten, weshalb sie eher weniger investiert haben.

Der Index beleuchtet zum einen die Unternehmen intern, zum anderen die – vor allem politisch verant-

worteten – externen Rahmenbedingungen der Digitalisierung. Wo gibt es den größeren Nachholbedarf?

Engels: Unternehmen können nicht umfassend digital werden, wenn die externen Rahmenbedingungen nicht stimmen, hier muss Deutschland aufholen. Der Index zeigt zwar, dass die technische Infrastruktur erheblich besser geworden ist – das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an einigen Stellen in Deutschland immer noch weiße Flecken auf der Mobilfunklandkarte und bei der Breitbandversorgung gibt, viele Menschen und Unternehmen also nicht so an der Digitalisierung teilhaben können, wie sie es gerne tun würden.

Nach wie vor hinken ländliche Regionen – vor allem im Osten Deutschlands – bei der Digitalisierung stark hinterher. Liegt das nur am schleppenden Breitbandausbau oder gibt es weitere Gründe?



Engels: In einigen Orten geht es tatsächlich nach wie vor um die ganz simplen technischen Voraussetzungen. Es kann nicht sein, dass es deutschlandweit – nicht nur in den ländlichen Regionen – immer wieder Probleme gibt, selbst eine einfache Videokonferenz ohne Verbindungsschwierigkeiten führen zu können. Corona hat bei diesem Problem noch mal den Finger in die Wunde gelegt und gezeigt, dass sich die digitalen Rahmenbedingungen verbessern müssen.

Darüber hinaus besteht in der öffentlichen Verwaltung und bei den rechtlichen Rahmenbedingungen vielerorts noch großer Nachholbedarf. Solange die Verwaltung nicht digital ist, fällt es Menschen und Unternehmen natürlich schwerer, digital zu agieren.

Der Digitalisierungsindex zeigt, dass zwar Arbeitsabläufe der Unternehmen digitaler wurden, deren Geschäftsmodelle allerdings kaum. Muss die Politik hier stärker unterstützen?

Engels: Letztendlich muss jedes Unternehmen für sich selbst herausfinden, bis zu welchem Grad digitale Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle hilfreich sind. Ein Brot bleibt immer ein Brot, das kann nicht digitaler werden. Automatisierungsprozesse in einer Großbäckerei sind dagegen ziemlich gut für die Digitalisierung geeignet. Aufgabe der Politik ist es, den Spielraum für Unternehmen zu schaffen, in dem sie ausprobieren und den für sie sinnvollen Grad an Digitalisierung feststellen können.

Aktuell gibt es weltweit so viele Start-ups mit Milliardenbewertung wie nie zuvor. Warum wächst die Zahl solcher sogenannter Einhörner so rasant?

Röhl: Der wahrscheinlichste Grund ist, dass Firmenbewertungen und die Bewertung von Geschäftsideen – gerade von digitalen – durch die Geldschwemme der Zentralbanken weltweit explodieren. Das sehen wir eben nicht mehr nur bei Immobilien oder auf dem Aktienmarkt, sondern auch, wenn Start-ups vom Markt mit einem Preisschild versehen werden. Unternehmen, die unter „normalen“ Umständen vielleicht nur die Hälfte wert wären, stehen deshalb plötzlich mit Milliardenbewertungen da.

Engels: Der Erfolg digitaler Geschäftsmodelle wird auch von einer digitaleren Gesellschaft begünstigt: Im Digitalisierungsindex sehen wir, dass immer mehr digitale Produkte und Dienstleistungen nachgefragt werden. Der Index zeigt aber auch, dass sich die digitalen Start-ups in Deutschland noch stark auf einige wenige Branchen konzentrieren. Wenn Digitalisierung in Deutschland umfassend geschehen soll, müssen sich Gründungen über alle Branchen erstrecken.

Röhl: In den USA sieht man genau das schon. Dort ist die Digitalisierung in Bereiche vorgedrungen, in denen sie früher nahezu undenkbar war. Ein gutes Beispiel ist das Gesundheitswesen, im Digital-Health-Bereich gibt es in den Vereinigten Staaten schon einige Einhörner. Hierzulande stehen wir – auch aufgrund hoher rechtlicher Hürden – da noch am Anfang.

Warum ist die Gründerkultur in Deutschland insgesamt nicht so hip und erfolgreich wie in den USA?

Röhl: Wenn man die Start-up-Szene umfassend betrachtet, zeigt sich in Deutschland ein ganzer Strauß hemmender Faktoren.

Das fängt schon in der Lehre an: Die Hälfte der studentischen Ausgründungen der amerikanischen Top-Unis sind softwarebasiert. Das Informatikstudium an deutschen Unis ist dagegen nicht auf Softwareentwicklung ausgerichtet, sondern auf die Theorie.

Welche Wünsche haben Sie an die neue Koalition mit Blick auf die digitale Transformation?

Röhl: Viele Digitalisierungshemmnisse sind regional, da müssen alle politischen Ebenen mitziehen. Was aber bundespolitisch zu lösen ist: Die Digitalisierung muss stärker in hochregulierte Bereiche wie das Gesundheitswesen hereingelassen werden. Noch bremsen zu viele Verbote und Vorgaben digitale Unternehmen aus. Je stärker die Regierung rechtlich und regulatorisch gute Voraussetzungen schafft, desto eher werden sich digitale Start-ups über alle Branchen erstrecken.

Viele Preistreiber

Inflation. Die Preise in Deutschland kennen derzeit offenbar nur eine Richtung: nach oben. Die Teuerung ist dabei auf ganz unterschiedliche Faktoren zurückzuführen, die sich teils auch im kommenden Jahr noch auswirken werden. Für die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Zentralbank bedeutet diese Gemengelage eine große Herausforderung.

In den vergangenen Jahren konnten die Bundesbürger auf weitestgehend stabile Verbraucherpreise bauen: Seit 2013 lag die jährliche Inflationsrate stets deutlich unter 2 Prozent, in einigen Jahren legten die Preise durchschnittlich sogar um weniger als 1 Prozent zu.

Doch die Corona-Pandemie hat auch die Inflation neu entfacht (siehe iwd 25/2021):

Laut der aktuellen Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft steigen die Verbraucherpreise in diesem Jahr im Schnitt um 3 Prozent – für 2022

ist mit einer Inflationsrate von knapp 2 ½ Prozent zu rechnen.

Einen Anhaltspunkt dafür, dass die Inflationsrate in Deutschland nicht nur kurzfristig, sondern auf längere Sicht höher sein wird als vor der Corona-Krise, liefert der Blick auf die verschiedenen Gütergruppen. Zwar haben sich zuletzt vor allem jene Waren erheblich verteuert, deren Preise ohnehin öfter mal schwanken – wie zum Beispiel Nahrungsmittel oder Brenn- und Kraftstoffe. Diese Erzeugnisse waren im August 2021 im Schnitt 5,4 Prozent teurer als ein Jahr zuvor.

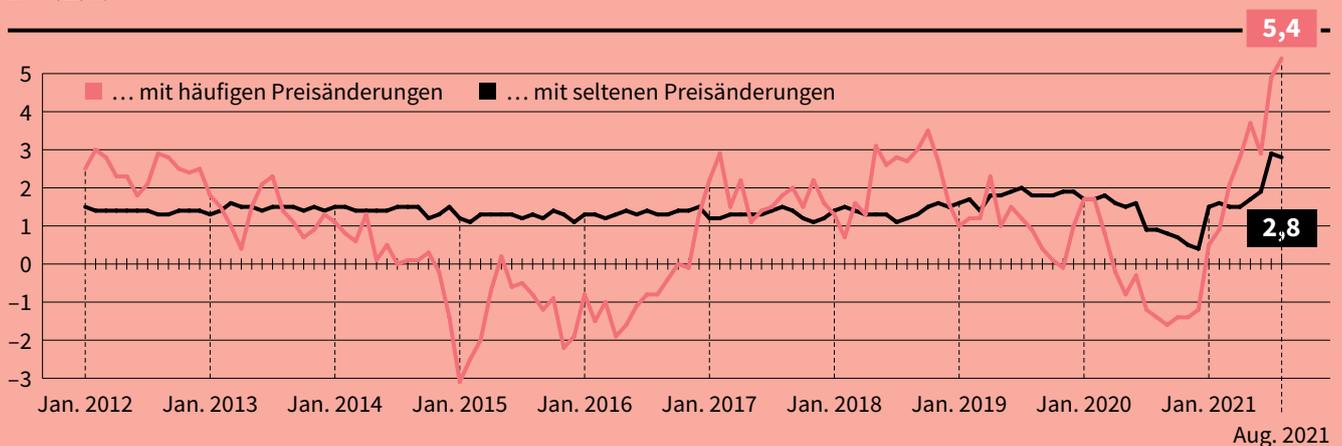
Doch auch bei Gütern, deren Preise eher selten angepasst werden, zeigte der Trend zuletzt deutlich nach oben (Grafik):

Für Waren und Dienstleistungen wie Bekleidung, Fahrzeuge oder den Restaurantbesuch, die sich lange Zeit nur um etwas mehr als 1 Prozent pro Jahr verteuerten, mussten die Bundesbürger im August 2021 fast 3 Prozent mehr zahlen als zwölf Monate zuvor.

Die Ursache für all diese Preissteigerungen liegt in einer Mischung aus Einmal-, kurzfristigen und längerfristigen Effekten:

Inflation: Stabil war gestern

Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland bei Waren und Dienstleistungen ... gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



Waren und Dienstleistungen mit häufigen Preisänderungen: z. B. Nahrungsmittel, Brenn- und Kraftstoffe;
Waren und Dienstleistungen mit seltenen Preisänderungen: z. B. Bekleidung, Fahrzeuge, Gaststättendienstleistungen;
Abgrenzung gemäß Federal Reserve Bank of Atlanta

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

• **Mehrwertsteuer und Konsum.** In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 hatte die Bundesregierung die Mehrwertsteuersätze vorübergehend gesenkt, um dem Konsum nach dem ersten Lockdown einen Schub zu geben. Diese befristete Maßnahme spiegelt sich derzeit – aber eben nur bis Ende des laufenden Jahres – in der Inflationsrate wider, weil die reduzierten Preise des Vorjahres mit den nun wieder „regulären“ Preisen verglichen werden.

In den Lockdownphasen haben die Haushalte zudem mehr gespart. Seitdem Reisen und andere Freizeitaktivitäten wieder leichter möglich sind, sind die Bundesbürger aufgrund ihrer finanziellen Situation bereit, für entsprechende Dienstleistungen mehr Geld auszugeben – die Unternehmen in diesem Sektor können daher leichter höhere Preise durchsetzen.

• **Ölnachfrage und -angebot.** Im Zuge der coronabedingten Lockdowns nahm die Mobilität in vielen Ländern drastisch ab – und die Ölproduzenten reagierten auf die gesunkene Nachfrage nach Kraftstoffen mit einem reduzierten Angebot. Doch an die seit dem vergangenen Sommer wieder normalisierte Nachfrage nach Ölprodukten hat sich das Angebot noch nicht wieder angepasst. Die Folge ist ein deutlicher Ölpreisschub (Grafik):

Ein Barrel Rohöl kostete im Oktober 2021 durchschnittlich gut 81 Dollar – fast dreimal so viel wie zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020.

Folgeprodukte wie Benzol, Polypropylen oder PVC haben sich ebenfalls verteuert – seit April 2020 um bis zu 266 Prozent. Auch der Preis für Kerosin legte mit 117 Prozent kräftig zu.

Zwar steigen die Fördermengen derzeit wieder, dennoch dürfte es bis Mai 2022 dauern, bis das Angebots-

niveau wieder den Wert von vor der Corona-Krise erreicht. An den langjährigen Trend wird das Ölangebot sogar erst wieder zum Ende des kommenden Jahres anknüpfen können. Bis dahin ist weiterhin mit steigenden Öl- und Kraftstoffpreisen zu rechnen.

• **Gasspeicher.** Weil der vergangene Winter vergleichsweise kalt war, sind die Gasspeicher in Europa derzeit um fast ein Fünftel weniger gefüllt als vor einem Jahr. Auch in den vergangenen Monaten lagen die Temperaturen in Deutschland um etwa 1 Grad unter dem Vorjahresniveau, was die Nachfrage nach Gas zum Heizen steigert.

Dies dürfte sich für die Verbraucher vor allem im kommenden Jahr auswirken, da dann die Abschlagszahlungen angepasst werden. Sollte

auch der gerade begonnene Winter überdurchschnittlich kalt werden, könnte dies die Gaspreise weiter in die Höhe treiben.

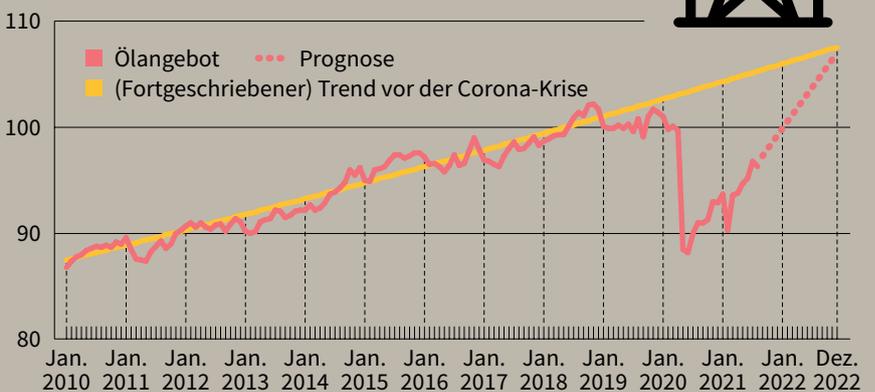
• **Engpässe bei Vorleistungen.** Neben Öl und Gas waren und sind derzeit auch andere wichtige Rohstoffe und Vorprodukte für die Industrie knapp – vor allem aufgrund der eingeschränkten Leistung asiatischer Häfen. Das treibt die Preise nach oben. Einige Beispiele (Grafik Seite 12):

Aluminium war zu Beginn des laufenden Monats fast 80 Prozent teurer als Anfang April 2020. Kobalt kostete mehr als doppelt so viel wie damals, der Preis für Zinn hat sich seit Beginn der Pandemie sogar fast verdreifacht.

Fortsetzung

Rohöl: Knappes Angebot treibt den Preis

Globales Angebot an Rohöl in Millionen Barrel pro Tag



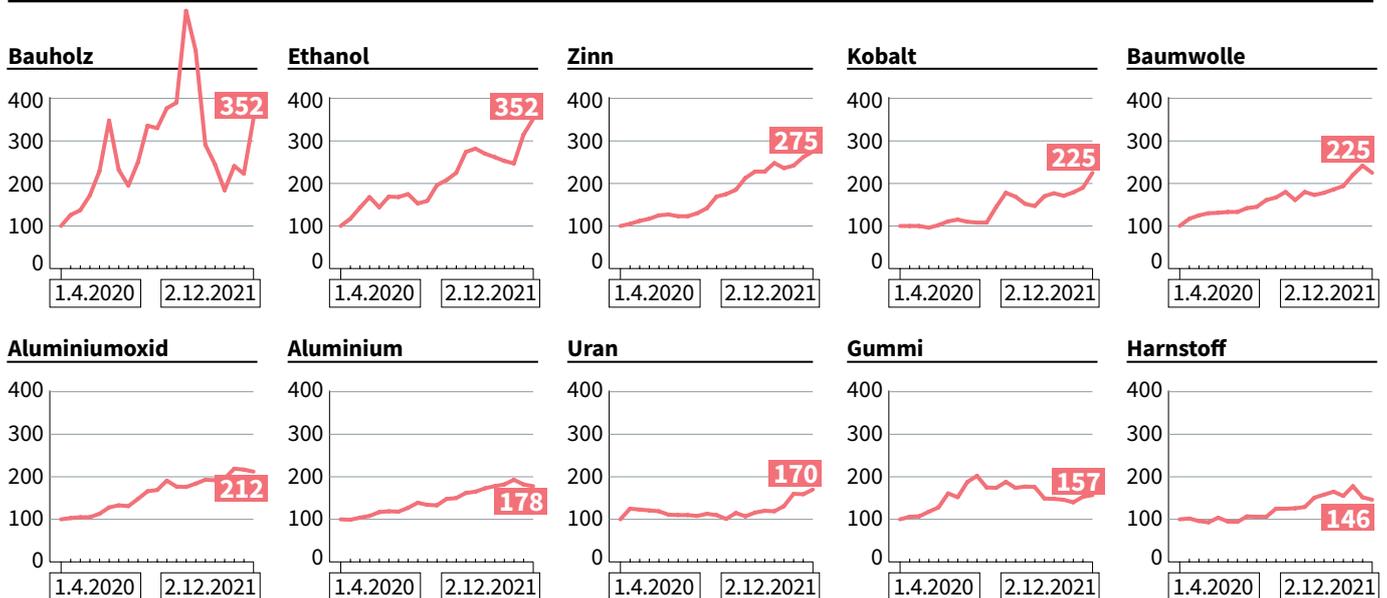
Rohölpreis in Dollar je Barrel



Quellen: Macrobond, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

Preise für Rohstoffe seit Pandemie-Beginn drastisch gestiegen

Preise ausgewählter Rohstoffe und Vorprodukte an den internationalen Märkten, 1. April 2020 = 100



Quelle: Macrobond
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Für Baumwolle müssen Textilproduzenten aktuell ebenfalls weit mehr als das Doppelte des Vorkrisenpreises bezahlen. Und der Preis für Harnstoff, der zum Beispiel in der Automobilindustrie zur Abgasnachbehandlung in Dieselmotoren verwendet wird, lag zuletzt 46 Prozent über dem Niveau vom Frühjahr 2020.

Erhebliche Konsequenzen hat auch die Knappheit an Halbleiterchips. So sind die Preise für Computer und Smartphones, die in den zurückliegenden Jahren – bereinigt um Qualitätsunterschiede – stetig sanken, zuletzt deutlich gestiegen. Die Anschaffungskosten für ein Mobiltelefon beispielsweise lagen im November um 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert, ein PC kostete im Schnitt 9,2 Prozent mehr, eine Kamera sogar 16,2 Prozent. Auch Autos werden aufgrund des Chipmangels teurer. Die Engpässe dürften sich noch weit bis ins Jahr 2022 hinein bemerkbar machen, sodass auch der Preisdruck vorerst anhält.

Wie soll nun aber die Politik auf die gestiegene Inflation reagieren?

Die Bundesregierung steckt hier insofern in einem Dilemma, als sie sich ambitionierte Klimaziele gesetzt hat und eine damit verbundene Verteuerung fossiler Energieträger durchaus gewünscht ist.

Zuletzt verteuerten sich Öl, Gas und Kraftstoffe aber deutlich schneller, als die Bundesbürger ihr Mobilitätsverhalten ändern, geschweige denn ihre Heizquellen wechseln könnten. Die Regierung kann aber auch nicht einfach den soeben erst eingeführten CO₂-Preis auf Brenn- und Kraftstoffe wieder aussetzen, ohne die Glaubwürdigkeit ihres klimapolitischen Kurses zu untergraben. Naheliegender wäre es daher für die Ampelkoalition, soziale Härten abzufedern, die aus den Preisanstiegen resultieren – etwa indem sie das Wohngeld für bedürftige Haushalte erhöht.

Auch für die Geldpolitik gibt es in der aktuellen Situation kein Patentrezept. Weil die höheren Preise auf einer Störung des Güterangebots basieren, steht die Europäische Zentralbank (EZB) vor einem Ziel-

konflikt: Bekämpft sie die gestiegene Inflation mit höheren Zinsen, würde sie das ohnehin reduzierte Wirtschaftswachstum noch weiter bremsen. Sie kann der Verringerung des Güterangebots aber auch nicht mit niedrigeren Zinsen entgegenwirken. Ein solcher Schritt würde lediglich die Nachfrage weiter ankurbeln und somit den Inflationsdruck noch erhöhen.

Leitzinsänderungen im Euroraum sind daher weder kurzfristig noch im kommenden Jahr zu erwarten. Und auch bei den Anleihekaufprogrammen, mit denen die europäischen Währungshüter ihre Niedrigzinsstrategie nun schon seit Jahren untermauern, zeigt sich bisher keine Wende in Richtung einer strafferen Geldpolitik.

Aus IW-Trends 4/2021

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Produktionsstörungen, Preiseffekte und Pandemie-Politik – IW-Konjunkturprognose Winter 2021

iwkoeln.de/konjunktur_winter_2021

Und plötzlich steht das Band still

Konjunktur. Die Corona-Pandemie hat zu gravierenden Problemen in den Lieferketten geführt. Viele Betriebe in Deutschland haben zwar volle Auftragsbücher, können aufgrund fehlender Vorleistungen aber nicht genug oder zum Teil gar nicht produzieren. Eine Entspannung der Versorgungsengpässe erwarten die heimischen Unternehmen erst im zweiten Halbjahr 2022.

Oft sind es nur Kleinigkeiten, die die Produktion ausbremsen: Wenn fehlende Kunststoffenster für den neuen Wohnwagen dafür sorgen, dass der Auslieferungstermin um sechs Wochen verschoben wird. Oder wenn die Baustelle monatelang stillliegt, weil der Dachdecker kein Holz mehr zum vereinbarten Preis beziehen kann. Nicht nur Halbleiter, diverse Metalle und Chemikalien sind Mangelware, selbst so profane Dinge wie Hundeleinen sind derzeit knapp, weil Corona zu temporären Produktionsausfällen und gestörten Lieferketten geführt hat.

Wie groß das Ausmaß der aktuellen und erwarteten Produktionsausfälle der deutschen Wirtschaft ist, hat das IW im Herbst 2021 im Rahmen seiner Konjunkturumfrage bei mehr als 2.800 Unternehmen ermittelt (Grafik).

So konstatieren für das vierte Quartal 2021 drei Viertel der Unternehmen Produktionsausfälle infolge fehlender Vorleistungen.

Von gestörten Produktionsprozessen gehen die Betriebe auch noch im kommenden Jahr sowie im Jahr 2023 aus. Im ersten Halbjahr 2022 befürchten knapp 80 Prozent der hiesigen Unternehmen, dass es aufgrund

von Lieferengpässen zu Produktionsausfällen kommt. Für die zweite Jahreshälfte 2022 rechnen immerhin noch 70 Prozent der Unternehmen damit und für 2023 geht fast die Hälfte der Betriebe von weiterhin bestehenden Problemen in der Produktion aus.

Befragt wurden Unternehmen der Industrie und der Bauwirtschaft sowie privatwirtschaftliche Dienstleister. Aus deren Einschätzungen ergibt sich für das vierte Quartal 2021 eine Produktionslücke von 7 Prozent. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionsausfälle dürften sich im ersten Halbjahr 2022 ebenfalls auf etwa 7 Prozent und im zweiten Halbjahr auf knapp 5 Prozent belaufen. Im Jahr 2023 wird die Produktion aller Voraussicht nach noch um 3 Prozent geringer ausfallen, als sie es ohne Vorleistungs- und Produktionsstörungen täte.

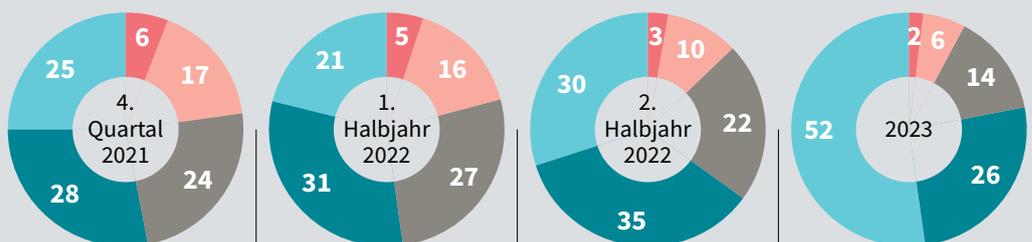
IW-Kurzbericht 91/2021

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Anhaltende Produktionsausfälle durch fehlende Vorleistungen
iwkoeln.de/fehlende_vorleistungen

Lieferkettenprobleme: Drei Viertel der Unternehmen betroffen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland gehen aufgrund von Lieferengpässen von Produktionsbeeinträchtigungen im Ausmaß von ... aus

- ... mehr als 20 Prozent
- ... bis 20 Prozent
- ... bis 10 Prozent
- ... bis 5 Prozent
- Keine Beeinträchtigung



Befragung von 2.842 Unternehmen im November 2021
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Geteiltes Italien

Europäische Union. Schon lange existiert ein regionales Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Süditalien. Für einen Lichtblick könnten die EU-Gelder aus dem Corona-Hilfsfonds sorgen, die auch der italienischen Regionalpolitik zugutekommen sollen – die Mittel müssen nur sinnvoll eingesetzt werden.

Um die Folgen der Corona-Krise abzufedern und die Mitgliedsstaaten in Sachen Klimaschutz und Digitalisierung voranzubringen, hat die EU im Sommer 2020 ein 750 Milliarden Euro schweres Hilfspaket auf den Weg gebracht. Den größten Batzen an Krediten und Zuschüssen erhält Italien: Insgesamt 192 Milliarden Euro sollen das Land digitaler, ökologischer und sozial gerechter machen (siehe iwd 22/2021).

Dass dieses Geld dringend gebraucht wird, zeigt der Blick auf das italienische Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, das 2019 rund 29.800 Kaufkraftstandards (KKS) betrug. KKS ist eine künstliche Währungseinheit: Mit jedem KKS kann man in einem bestimmten Land die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen wie anderswo. Auf dieser Vergleichsbasis lag Italien mehr als 4 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 31.200 KKS.

Der Wohlstand der Italiener variiert allerdings deutlich, je nachdem in welchem Landesteil sie wohnen: So erreicht der Süden nach IW-Berechnungen nur 66 Prozent des durchschnittlichen italienischen BIP pro Kopf, die südlichen Inseln kommen sogar nur auf 63 Prozent. Zugleich erzielt der Nordwesten 123 Prozent des Landesdurchschnitts – der Nordosten schneidet

mit 120 Prozent ähnlich gut ab. Diese Werte verdeutlichen das riesige Wohlstandsgefälle (Grafik):

Im Norden Italiens ist das Pro-Kopf-BIP fast doppelt so hoch wie in den südlichen Regionen.

Dies ist vor allem deswegen besorgniserregend, weil das Problem schon seit Langem existiert:

Das regionale Wohlstandsgefälle zwischen Süden und Norden hat sich in den vergangenen 20 Jahren kaum verändert.

Und das, obwohl Italien in diesem Zeitraum 77 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für seine Kohäsionspolitik erhalten hat, mit der die EU-Staaten ihre regionalen Wohlstandsunterschiede verringern sollen.

Der jüngste Geldsegen aus Brüssel kommt Italien also sehr gelegen – die Mittel müssen nun auch so eingesetzt werden, dass die ärmeren, südlichen Regionen wirklich profitieren. In Italiens Aufbau- und Reformplan ist bislang vorgesehen, dass mindestens 40 Prozent der Ausgaben, die für Regionalpolitik vorgesehen sind, in den südlichen Teil des Landes fließen. Der Fokus liegt dabei vor allem auf der Infrastruktur, die dringend ausgebaut werden muss. Darunter fallen Breitbandnetze, Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecken und regionale Zugverbindungen sowie die

Wasserversorgung und die Infrastruktur für die Abfall- und Abwasserentsorgung. Doch auch grundlegende Dienstleistungen in ländlichen und abgelegenen Gebieten und die Bekämpfung der Bildungsarmut stehen oben auf der Agenda.

All dies zu bewältigen wird aber nicht leicht: Es ist zu bezweifeln, dass auf regionaler und kommunaler Ebene genügend Fachleute vorhanden sind, die Förderanträge für diese Vorhaben erstellen können. Die italienische Regierung will deswegen gegensteuern, indem sie Vorschriften vereinfacht und mehr qualifiziertes Personal einstellt.

Dass dies eine Grundvoraussetzung ist, zeigt erneut der Blick auf den bisherigen Fortschritt in Sachen Kohäsionspolitik: Ende 2020 hatte Italien dem Europäischen Rechnungshof zufolge nicht mal die Hälfte der 45 Milliarden Euro ausgeschöpft, die dem Land für den Zeitraum von 2014 bis 2020 an Mitteln aus den EU-Strukturfonds zustanden. Was das Abrufen von finanziellen Mitteln angeht, landete Italien EU-weit damit auf dem letzten Platz, knapp hinter Kroatien und Spanien.

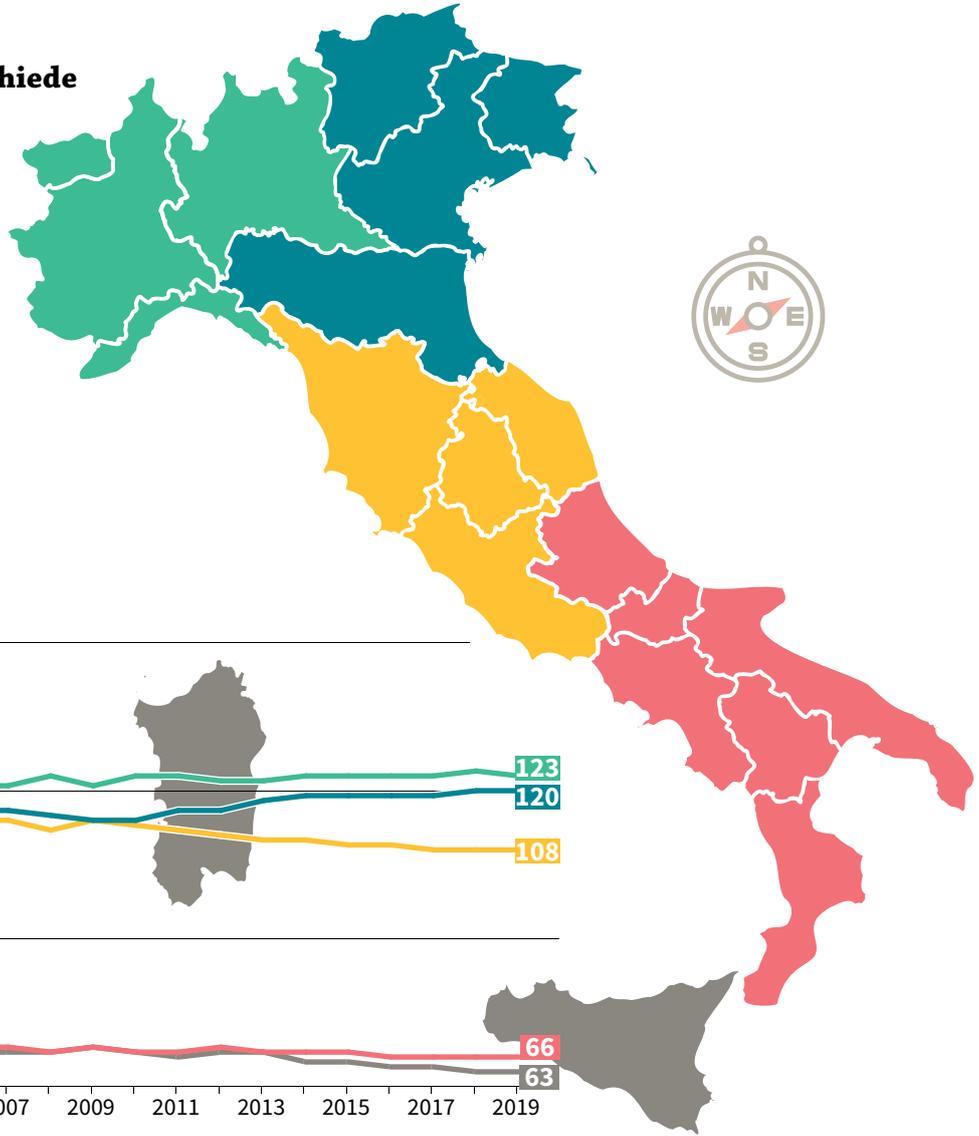
IW-Kurzbericht 90/2021

Berthold Busch: Italien – Große regionale Ungleichgewichte

iwkoeln.de/italien-wohlstand

Italien: Große Wohlstandsunterschiede in den Regionen

So hoch war das kaufkraftbereinigte
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
in diesen Regionen Italiens,
Italien insgesamt = 100



Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt: berechnet in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf. KKS ist eine künstliche Währungseinheit, die Kaufkraftunterschiede bereinigt – mit jedem KKS kann man in einem beliebigen Land die gleiche Menge Waren und Dienstleistungen kaufen.

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

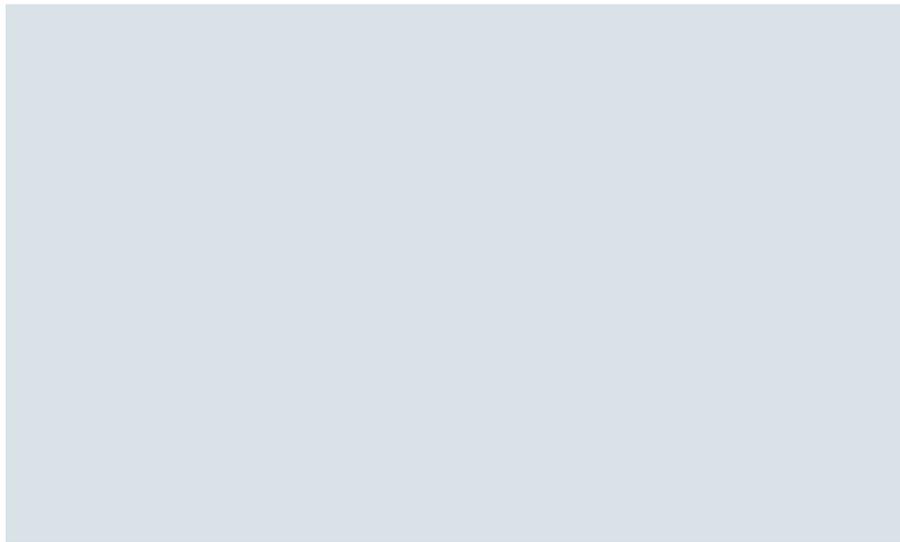
iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.





Top-Liste: Bürger bewerten Behörden

Erfahrungen mit dem Gang aufs Amt sammelt irgendwann jeder Bürger – weitererzählt werden meist jedoch die ärgerlichen Erlebnisse. Dabei sind unterm Strich 83 Prozent der Bundesbürger mit den hiesigen Behörden eher oder sogar sehr zufrieden. Auf einer Skala von minus zwei bis plus zwei bekommen deren Leistungen trotz Pandemie im Schnitt derzeit den Wert 1,1. Gegenüber der vorherigen Befragung im Jahr 2019 sind das nur 0,1 Punkte weniger. Vor allem die gängigen Abläufe rund um einen neuen Ausweis oder Reisepass klappen offenbar ziemlich gut, wie auch Formalitäten in Sachen Patientenverfügung oder Vorsorgevollmacht. Allerdings hakt es gerade da, wo es um die Bewältigung der Corona-Pandemie geht: Die Kontakte mit den Gesundheitsämtern werden lediglich mit 0,8 bewertet. Noch schlechtere Noten erhalten die Ämter mit 0,7 dann, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern helfen sollen, finanzielle Probleme wie eine Überschuldung zu regeln.

Wo Behörden gute Dienste leisten

In diesen Bereichen bewerteten die Bundesbürger die entsprechenden Dienstleistungen von Behörden am besten, auf einer Skala von minus zwei bis plus zwei



Gesundheitliche Willensbekundung: z. B. Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht
Befragung von rund 6.000 Bundesbürgern von Februar bis Mai 2021

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche



Knapp

27.000

neue Arbeitsplätze könnten bis 2038 im Rheinischen Revier aufgrund des Strukturwandels und der Strukturförderung entstehen, hat die IW Consult in einer Studie für das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium ermittelt. Bundesregierung und Bundestag wollen der Region mit insgesamt 14,8 Milliarden Euro helfen, den Kohleausstieg zu meistern.

iwconsult.de/kohleausstieg

Neu auf iwd.de:



Die Situation des Einzelhandels

Zwar ist der Online-Handel bereits vor der Corona-Krise stärker gewachsen als der gesamte Einzelhandel, die Pandemie hat den Trend zum E-Commerce aber noch beschleunigt. Welche Rolle der Verkauf im Netz mittlerweile für den Einzelhandel spielt und was das für die Zukunft bedeutet, lesen Sie auf iwd.de.

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2022 auf 12,19 Euro pro Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.